

Rollenbeschreibung: Generalsekretariat/Spielleitung

Die Spielleitung wird von der Moderation übernommen. Das Generalsekretariat moderiert die Konferenz, kündigt am Anfang der Konferenzen die jeweiligen Regeln und die Dauer der Konferenz an und moderiert die Diskussion auf Grundlage einer Redner*innenliste. Gleichzeitig soll das Generalsekretariat die Gespräche unter den Parteien protokollieren. Es reicht aus, zentrale Punkte aufzuschreiben. Während der Konferenz werden diese Ergebnisse anhand eines Projektors den anderen Parteien gezeigt. Wenn möglich, werden die bisherigen Ergebnisse für jedes Team ausgedruckt.

In dieser Rolle seid ihr zwar neutral, aber ihr solltet für die anderen Teilnehmenden möglichst gute und ergebnisfördernde Rahmenbedingungen herstellen. Euer Ziel ist es, dass die Konferenz zu einem Abschluss kommt, weshalb ihr dafür sorgen solltet, dass die Verhandlungen nicht stocken, sondern bis zu einem Ergebnis weitergeführt werden. Hier gilt es kreativ zu sein und, sofern notwendig, sich immer wieder eine Kompromissbereitschaft von den Teilnehmenden zu wünschen.

Sind Verhandlungen festgefahren, vielleicht auch aus Trotz einzelner Teilnehmenden, sollte man sensibel vorgehen und sie motivieren, Kompromisse zu schließen. Zum Beispiel kann an die weltweite Aufmerksamkeit erinnert werden, oder daran, dass ein Klimaabkommen notwendig ist, um Klimakatastrophen vorzubeugen.



Rollenbeschreibung: USA

Die Bevölkerung ist in der Frage nach Klimaschutz geteilter Meinung. Es gibt in der US-amerikanischen Gesellschaft Zuspruch, mit der Weltgemeinschaft zu einem Kompromiss zu kommen. Dies kann auch bedeuten, dass die USA in ihrem Konsumverhalten und ihrer wirtschaftlichen Stärke Einbußen in Kauf nehmen. Ein anderer Teil der Gesellschaft sieht die wirtschaftlichen Einschränkungen als Gefahr und argwöhnt, dass Jobs und damit auch Lebensqualität verloren gehen. Beide Positionen können nicht konkret auf politische Parteien angewandt werden. Sie sind in allen Schichten und Milieus vertreten. Daher sollte nicht nur ein Meinungsbild vertreten werden.

| Ziele | No-Gos |
|---|---|
| Förderung von erneuerbaren Energien und klimafreundlicher Forschung. Erweiterung des Technologietransfers zwischen den Staaten. | Die USA müssen mehr Verpflichtungen zum Abbau von klimaschädlichen Produktionsweisen als die BASIC bzw. die EU eingehen. |
| Vereinbarung kollektiver Reduktionsziele zum Erreichen einer verbindlichen globalen Klimaneutralität im Jahr 2050. Besonders die BASIC-Staaten, aber auch die EU sollen hier gleichermaßen in die Pflicht genommen werden. | Keine Zusagen über die Aufnahme von geflüchteten Menschen oder eine Erweiterung der Flüchtlingskonvention um die Kategorie „Geflüchtete aufgrund von Klimakatastrophen“ |
| Kollektive Vereinbarung zu einem Klima-Anpassungsfonds. In diesen sollen vor allem die EU- und die BASIC-Staaten proportional gleichmäßig zu den USA einzahlen. | Aufhebung des Patentrechts, um Technologie weltweit herzustellen und zu vermarkten |
| Den USA ist aus Imagegründen daran gelegen, positive Statements seitens der AOSIS und der NGOs in der Öffentlichkeit zu erhalten. Dafür würden sie aber keine Position aufgeben. | |

Situation:

Die Bevölkerung der USA ist politisch gespalten und das macht sich auch in den Einstellungen zur Bekämpfung der Klimakrise bemerkbar. Auch wenn ihr als Regierung den Klimawandel und eine dringende Handlungsnotwendigkeit anerkennt, seid ihr bei Budgetfragen auf Kompromisse mit der Opposition angewiesen, die im Sinne der US-Wirtschaft agiert und dabei teilweise auch den menschengemachten Klimawandel leugnet. Sowohl Anhänger*innen der Regierung als auch der Opposition wollen zuerst eine gesunde amerikanische Wirtschaft, um ihre Lebensgrundlage zu sichern. Diese Haltung beeinflusst auch euer Handeln, da öffentlich die Nachteile für die US-Gesellschaft und US-Wirtschaft kritisiert werden. Die USA dürfen zwar Probleme anderer Staaten oder Regionen lösen, jedoch nur, wenn sich dies nicht destabilisierend auf die Innenpolitik auswirkt.

Gleichzeitig sind die USA selbst immer mehr von Auswirkungen und Folgen der Klimakrise betroffen. Extremwetterereignisse wie Hurrikans und Tornados nehmen an Zahl und Heftigkeit zu und verursachen von Jahr zu Jahr höhere materielle Schäden und fordern menschliche Opfer. Vor allem die bevölkerungsreiche Ostküste wie auch die Bundesstaaten am Golf von Mexiko haben jährlich mit Umweltkatastrophen zu kämpfen. Die ansteigende Meerestemperatur in diesen Regionen lässt kein Abflauen in Zukunft erwarten.

Daher wird auch aus der eigenen Bevölkerung heraus der Druck zum Handeln stärker. Ihr unterstützt das Ziel, die Erderwärmung auf einen Anstieg von 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und möchtet euch auch dazu verpflichten, bis 2050 klimaneutral zu werden. Das Gleiche erwartet ihr auch von allen anderen Staaten.

Insgesamt setzt ihr auf technische Innovation und Forschung, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Seit der Rückkehr zum Pariser Abkommen in Jahr 2021 habt ihr euch wieder dazu verpflichtet, Technologien zur Minderung von Treibhausgasen anderen Staaten zu übergeben. Insbesondere wurde die Förderung von sauberen Technologien und nachhaltigen Entwicklungspraktiken in Entwicklungsländern betont. Diese Unterstützung kann in Form von finanziellen Ressourcen, technischer Zusammenarbeit und des Austauschs von Kenntnissen und Fähigkeiten erfolgen. Eine Freigabe eurer Patente lehnt ihr jedoch ab.

In der Absicht, einen konstruktiven Beitrag zu leisten, erscheint euch auch die Bereitstellung von Finanzmitteln für einen Klimaausgleichsfond akzeptabel – vor allem, um arme Entwicklungsländer damit zu unterstützen. Die finanzielle Kompensation von Schäden des Klimawandels kann aus eurer Sicht jedoch nur im Rahmen gleichwertiger internationaler Zusammenarbeit geschehen. Diese soll gerecht zwischen der EU, den BASIC-Staaten und den USA aufgeteilt werden.

Gerade in den BASIC-Staaten seht ihr eine wachsende wirtschaftliche und geopolitische Konkurrenz. Ihre zunehmende wirtschaftliche Einflussnahme auf die AOSIS-Staaten seht ihr skeptisch.

Ein großes Thema in den USA ist die Zuwanderung. Ihr habt ein gut funktionierendes Programm, das die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte regelt. Was ihr jedoch auf keinen Fall zulassen werdet, sind verbindliche Verpflichtungen, um „Geflüchtete aufgrund von Klimakatastrophen“ aufzunehmen.

Auswirkungen durch den Klimawandel:

- Der Klimawandel führt zu einer Zunahme von extremen Wetterereignissen wie Hitzewellen, Stürmen, Dürren und Überschwemmungen. Diese Ereignisse können zu erheblichen Schäden an Infrastruktur, Wohngebieten, Landwirtschaft und Wirtschaft führen. Zudem besteht ein erhöhtes Risiko für Verletzungen, Todesfälle und humanitäre Krisen.
- Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht Küstenregionen in den USA, einschließlich dicht besiedelter Gebiete wie Florida, New York und Kalifornien. Dies kann zu Überflutungen von Küstengebieten, Erosion der Küstenlinie, Versalzung von Grundwasser und Verlust von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere führen. Zudem steigt das Risiko von Sturmfluten bei tropischen Wirbelstürmen.
- Der Klimawandel beeinflusst die Wasserverfügbarkeit in den USA. Regionen, die bereits von Wasserknappheit betroffen sind, wie der Südwesten, könnten mit noch größeren Herausforderungen konfrontiert werden. Dürren und veränderte Niederschlagsmuster können die Landwirtschaft, die Wasserversorgung für städtische Gebiete und die Ökosysteme beeinträchtigen.
- Der Klimawandel hat direkte Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen. Hitzewellen können zu Hitzschlägen und anderen hitzebedingten Erkrankungen führen. Eine zunehmende Verbreitung von Infektionskrankheiten, wie beispielsweise durch Insekten übertragene Krankheiten (z. B. Lyme-Borreliose und Dengue-Fieber), wird ebenfalls als Folge des Klimawandels erwartet.
- Der Klimawandel wirkt sich auf die landwirtschaftliche Produktivität in den USA aus. Veränderte Niederschlagsmuster, Hitzewellen und längere Trockenperioden können Ernteerträge verringern und zu Verlusten in der Landwirtschaft führen. Dies hat Auswirkungen auf die Nahrungsmittelsicherheit, die Lebensmittelindustrie und den ländlichen Raum.

Rollenbeschreibung: Europäische Union

Der Ausbau der regenerativen Energiegewinnung lahm an den natürlichen Gegebenheiten und widerstreitenden Interessen innerhalb der Europäischen Union (EU). Die EU muss bei den Verhandlungen bedenken, dass eine Entscheidung noch von den Mitgliedsstaaten einstimmig verabschiedet werden muss.

| Ziele | No-Gos |
|---|--|
| Entwicklungsländer/BASIC-Staaten /USA sollen sich angemessene Reduktionsziele setzen, die bis 2050 zu Klimaneutralität führen. | Aufhebung des Patentrechts, um Technologie weltweit herzustellen und zu vermarkten |
| Die EU setzt sich für mehr Austausch in Forschung und Entwicklung von klimafreundlichen Technologien ein. | Klimaschutzabkommen ohne Reduktionsziele von USA und China |
| Ernährungssicherheit/Subventionen: Der Abbau von Subventionen für die Wirtschaft darf nicht die Landwirtschaft direkt betreffen. Die EU möchte verhindern, dass der Abbau von Subventionen die direkten Subventionen an landwirtschaftliche Betriebe einschränkt. | Zusage zur pauschalen Aufnahme von Geflüchteten aufgrund von Klimakatastrophen |
| Eine Zuwanderung von geflüchteten Menschen aufgrund des Klimawandels ist verhandelbar, wenn es sich um gut ausgebildete Fachkräfte handelt. | |
| Die EU unterstützt einen Klima-Anpassungsfonds und ist auch bereit, Zusagen zu höheren Zahlungen zu machen, um damit ärmeren Staaten „entgegenzukommen“. | |

Situation:

Neben vielen gemeinsamen Positionen gibt es auch einige unterschiedliche Haltungen bezüglich einer künftigen Klimapolitik: Einige EU-Mitgliedsstaaten unterstützen vergleichsweise ehrgeizige Klimaziele und streben eine schnellere und umfassendere Reduzierung von Treibhausgasemissionen an. Diese Länder drängen auf eine Führungsrolle der EU bei der weltweiten Bekämpfung des Klimawandels und setzen sich für eine schnelle Umstellung auf erneuerbare Energien und eine kohlenstoffarme Wirtschaft ein. Andere Mitgliedsstaaten befürworten einen ausgewogenen Ansatz, der wirtschaftliche Interessen und Klimaschutz in Einklang bringen soll.

Infolgedessen ist die Frage der Kosten- und Lastenverteilung ein wesentlicher Streitpunkt in der EU-Klimapolitik. Einige Länder argumentieren, dass wohlhabendere Staaten und Industrienationen größere finanzielle Verantwortung übernehmen sollten, um ärmeren Ländern bei der Anpassung an den Klimawandel und der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu helfen. Und es gibt Mitgliedsstaaten, die eine faire Verteilung der Kosten und Lasten betonen, wobei auch die nationale wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden sollte.

Insgesamt ist die EU jedoch bemüht, nach außen möglichst gemeinsam aufzutreten und sich in der Öffentlichkeit als Befürworter des Klimaschutzes zu präsentieren:

Die EU hat sich das Ziel gesetzt, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und sich dafür einzusetzen, eine Begrenzung auf 1,5 Grad Celsius zu erreichen.



Die EU unterstützt das Pariser Abkommen als grundlegendes internationales Rahmenwerk für den Klimaschutz.

Die EU setzt sich für eine umfassende Reduzierung der Treibhausgasemissionen ein. Sie hat sich das Ziel gesetzt, bis 2030 ihre eigenen Emissionen um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 zu reduzieren. Die EU unterstützt auch das Ziel der Klimaneutralität bis 2050.

Zudem unterstützt sie die Bereitstellung von Klimafinanzierung für Entwicklungsländer, um sie bei der Anpassung an den Klimawandel und bei Maßnahmen zur Minderung von Emissionen zu unterstützen. Die EU hat sich verpflichtet, einen fairen Anteil an der internationalen Klimafinanzierung bereitzustellen und arbeitet an der Mobilisierung von privaten Finanzmitteln für klimafreundliche Investitionen.

Auch die Entwicklung sowie der Transfer von klimafreundlichen Technologien, insbesondere an Entwicklungsländer, werden von der EU gefördert. Sie setzt sich für den internationalen Austausch von Technologie, Fachwissen und bewährten Praktiken ein, um den globalen Klimaschutz zu unterstützen. Eine Aufhebung des Patentschutzes lehnt die EU aber ab.

Das Thema „Geflüchtete aufgrund von Klimakatastrophen“ ist wie das Thema Zuwanderung generell in der Mehrzahl der EU-Staaten ein sensibles Thema, das in einigen Ländern zu einem verstärkten Zuspruch für Parteien führt, die Zuwanderung begrenzen wollen. Die Frage der Zuwanderung muss jedoch auch vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung Europas und der dem europäischen Sozialsystem zugrunde liegenden gesellschaftlichen Geschlossenheit gesehen werden.

In Bezug auf eure Ernährungssicherheit seid ihr nach wie vor auf der sicheren Seite. Während an anderen Orten Hungersnöte an der Tagesordnung sind, leben die Menschen in der EU weiterhin relativ verschwenderisch. Jedoch bekommen in der letzten Zeit besonders die sozial schwächeren Schichten die steigenden Nahrungsmittelpreise zu spüren. Um gesellschaftlichen Aufruhr zu vermeiden und die Bauernlobby zufriedenzustellen, erhöht ihr eure Agrarsubventionen anstatt sie, wie von den Entwicklungsländern gefordert wird, zu senken. Um zeitgleich euren guten Willen zu demonstrieren, setzt ihr euch jedoch für verbindliche Regelungen bei außerstaatlicher Landwirtschaft ein (Vorbeugung von Land-Grabbing).

Staaten mit Meerzugang haben zunehmend Probleme mit dem erhöhten Meeresspiegel. Dazu kommt, dass in der Mittelmeerregion Hitzeperioden länger andauern und Stürme vermehrt auftreten, die die Lebensräume und Landwirtschaft wie auch Wirtschaft bedrohen. Einige Staaten sehen deshalb einen schnellen Handlungsbedarf, um global zu einer Lösung zu kommen.

Wichtigste Auswirkungen des Klimawandels und deren Folgen:

- Temperaturanstieg: Die Durchschnittstemperaturen in der EU sind gestiegen, was zu häufigeren und intensiveren Hitzewellen führt.
- Folgen: Hitzestress und hitzebedingte Gesundheitsprobleme nehmen zu. Die Landwirtschaft steht vor Herausforderungen durch Ernteausfälle und geringere Erträge. Die Energie-Nachfrage für Kühlung steigt, was das Stromnetz belastet.
- Veränderung der Niederschlagsmuster: Einige Regionen erleben zunehmend Dürren und Trockenperioden, während andere mit heftigeren Niederschlägen und Überschwemmungen zu kämpfen haben.
- Folgen: Landwirtschaftliche Produktivität wird beeinträchtigt, Wasserknappheit wird zur Herausforderung und Überschwemmungen führen zu Schäden an Infrastrukturen und Eigentum.
- Meeresspiegelaufstieg: Der Meeresspiegel steigt aufgrund der Abschmelzung von Gletschern und Eismassen sowie durch die wärmebedingte Ausdehnung des Wassers an.
- Folgen: Küstengebiete sind zunehmend von Überschwemmungen und Erosion betroffen, wodurch Infrastrukturen, Städte und Ökosysteme in Gefahr geraten. Der Druck auf die Wasserversorgung und die Süßwasserreserven in Küstennähe nimmt zu.
- Gesundheitsrisiken: Hitzewellen, veränderte Verteilung von Krankheitserregern und Luftverschmutzung sind Folgen des Klimawandels, die die Gesundheit der Menschen beeinträchtigen.
- Folgen: Zunahme hitzebedingter Gesundheitsprobleme, Ausbreitung von klimabedingten Krankheiten wie Dengue-Fieber, West-Nil-Fieber und Lyme-Borreliose.

Rollenbeschreibung: BASIC-Staaten

Die BASIC-Staaten sind ein Bündnis aus Brasilien, China, Indien und Südafrika, die seit 2009 gemeinsam auf den Klimakonferenzen auftreten und gemeinsame Positionen vertreten. Ihr Zusammenschluss geschah in der Absicht, die Dominanz der USA sowie der EU mit der Etablierung eines Gegengewichts zu verringern und andere Sichtweisen in die Verhandlungen einzubringen.

| Ziele | No-Gos |
|---|--|
| Einführung eines Klima-Anpassungsfonds, in den alle Staaten einzahlen. Die reichen Industrienationen sollen aufgrund ihrer Verantwortung mehr einzahlen. | Die EU und die USA erhalten die gleichen Reduktionsziele wie die anderen Staaten. |
| Um die eigene Ernährungssicherheit auf Dauer zu sichern, soll die Praxis des „Land-Grabbing“ beibehalten werden. | Kein Abkommen soll erzielt werden, in dem die Finanzierung der Klimaziele gleichermaßen verteilt werden. |
| Öffnung des Patentrechts beim Transfer klimaschonender Technologien | |
| Deutlich langsamere Reduktion der Treibhausgase für BASIC und AOSIS als für USA und EU. Klimaneutralität auch für BASIC ja, aber nicht bereits 2050 | |
| AOSIS und NGO sollen auch als Vertreter von armen Staaten wahrnehmen. | |

Situation:

Die von China initiierten BASIC-Staaten treten seit 2009 als gemeinsame Staatengruppe bei Verhandlungen auf. Sie sehen sich dabei nicht als klassische Industriestaaten, sondern als „Neulinge“, die mittlerweile eine industrielle Wirtschaft haben, welche der von EU und USA ebenbürtig ist.

Die BASIC betonen, dass im Prinzip alle Staaten auf der Welt eine Verantwortung für den Klimaschutz tragen. Sie unterscheiden jedoch hierbei: Aufgrund ihrer historischen Verantwortung und ihrer höheren Lebensstandards sollen die USA und die EU mehr Verantwortung übernehmen und dementsprechend mehr Mittel einsetzen. Aus ihrer Perspektive begann in diesen Regionen das Industriezeitalter und somit auch die Umweltzerstörung. Dies bedeutet, dass die EU und die USA einen höheren Emissionswert als Entwicklungs- und Schwellenländer einsparen sollen.

Die BASIC-Staaten fordern finanzielle und technologische Unterstützung von Industrieländern, um ihre Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen umzusetzen. Sie argumentieren auch hier mit der historischen Verantwortung und den finanziellen sowie wirtschaftlichen Ressourcen, die vor allem in der EU und in den USA vorhanden sind.

Die BASIC-Staaten heben die Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums und der Armutsbekämpfung in ihren Ländern hervor. Die Verminderung von Emissionswerten darf nicht das wirtschaftliche Wachstum bremsen. Sie fordern daher flexiblere Verpflichtungen und Mechanismen, die es ihnen ermöglichen, ihre Wirtschaft weiter auszubauen, während sie gleichzeitig den Klimaschutz vorantreiben.

Die BASIC-Staaten legen Wert auf den Aufbau von technologischen Kapazitäten in ihren Ländern, um klimafreundliche Technologien selbst zu entwickeln und anzuwenden. Sie fordern den Technologietransfer von Industrieländern, um den Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu helfen. Dabei sollen auch Patente weltweit gelten.

Die BASIC-Staaten weisen auf die enge Verbindung zwischen Klimawandel und Entwicklung hin. Sie argumentieren, dass der Klimawandel die Entwicklungsbemühungen ihrer Länder behindert und dass die internationale Gemeinschaft dies berücksichtigen und angemessene Unterstützung bieten sollte.

Wichtig für die öffentliche Wahrnehmung der BASIC-Staaten ist, dass ihr auch für kleinere und ärmere Staaten als Stimme auftritt. Allerdings macht ihr das nicht ohne Eigennutz. So haben zum Beispiel einige Inseln der AOSIS bedeutende Mineralienvorkommen, an deren Ausbeutung euch gelegen ist. Besonders China hat zudem am Erwerb landwirtschaftlich nutzbarer Flächen auf dem Territorium einiger AOSIS-Staaten ein Interesse.

In unterschiedlichem Ausmaß sind die BASIC-Staaten momentan vom Klimawandel betroffen. In allen Staaten nimmt jedoch das ökologische Bewusstsein zu und es werden mehr Aktivitäten von den jeweiligen Regierungen erwartet.

Auswirkungen durch den Klimawandel:

Da die BASIC-Staaten auf vier verschiedene Kontinente verteilt sind, gibt es einige regionale Unterschiede, was die Auswirkungen des Klimawandels betrifft. Allerdings gibt es auch einige gemeinsame Folgen zu tragen:

- Alle BASIC-Staaten erleben einen Anstieg der Durchschnittstemperaturen, was mit einer Zunahme von Hitzewellen und einer Steigerung der Hitzebelastung einhergeht. Dies hat in jeweils unterschiedlicher regionaler Ausprägung Gesundheitsprobleme, Ernteauffälle, Wasserknappheit und Beeinträchtigungen der Ökosysteme zur Folge.
- Der Klimawandel führt zu einer Veränderung der Niederschlagsmuster in den BASIC-Staaten, wodurch Wasserknappheit und Dürreperioden häufiger auftreten. Dies hat Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion, die Wasserversorgung und die Ökosysteme.
- Besonders in China, Indien und Brasilien sind einige Regionen mit intensiveren Starkregenereignissen und damit verbundenen Überschwemmungen konfrontiert. Dies führt zu Infrastrukturschäden, Ernteauffällen, Verlust von Menschenleben und Verschlechterung der Wasserqualität.
- Besonders für Brasilien, Südafrika und Indien sind die Küstenregionen von Bedeutung, und der steigende Meeresspiegel stellt eine ernsthafte Bedrohung dar. Die Folgen sind Erosion, Überflutungen von Küstengebieten, der Verlust von Lebensräumen und die Gefährdung der Küstengemeinschaften.
- Der Klimawandel beeinflusst die natürlichen Ökosysteme in den BASIC-Staaten, einschließlich der Wälder, Flüsse, Seen und Meeresökosysteme. Dies führt zu Verlusten an Biodiversität, Störungen im Ökosystemgleichgewicht und hat Auswirkungen auf die Lebensgrundlage von Gemeinschaften.

Rollenbeschreibung: AOSIS

Die AOSIS (Alliance of Small Island States; Allianz kleiner Inselstaaten) wurde 1990 gegründet. Sie vertritt mehrere kleine Insel- und Küstenstaaten: Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Cookinseln, Dominica, Dominikanische Republik, Fidschi, Grenada, Guinea-Bissau, Guyana, Haiti, Jamaika, Kap Verde, Kiribati, Komoren, Kuba, Malediven, Marshallinseln, Mauritius, Föderierte Staaten von Mikronesien, Nauru, Niue, Osttimor, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, São Tomé und Príncipe, Seychellen, Singapur, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Suriname, Tonga, Trinidad und Tobago, Tuvalu, Vanuatu.

All diese Länder haben mit dem steigenden Meeresspiegel zu kämpfen. Einige Staaten sind akut bedroht, größere Landflächen an die Ozeane zu verlieren, weshalb eine schnelle Einigung erwartet wird. Sie werden dabei von der NGO unterstützt, die ebenfalls die Situation der Staaten so einschätzt.

| Ziele | No-Gos |
|--|--|
| Verpflichtung aller Staaten, bis zu einer allgemein verbindlichen Klimaneutralität im Jahr 2050 Treibhausgase schrittweise zu reduzieren | Vermeidung eines großen Brain-Drain, also einer Abwanderung von Fachkräften aus den jeweiligen Ländern |
| Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, die den rechtlichen Status von Flüchtlingen international verbindlich definiert, um Geflüchteten aufgrund von Klimakatastrophen Zuflucht zu ermöglichen | Abkommen ohne verbindliche Zusagen zur Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen |
| Klare Verbindlichkeiten bezüglich der Aufnahme von „Geflüchteten aufgrund von Klimakatastrophen“ durch BASIC, EU und USA | |
| Kostenloser Zugang zu Umwelttechnologien inklusive Weitergabe der Patente | |
| Erweiterung des Klimaanpassungsfonds, um finanzielle Hilfen für Anpassungsmaßnahmen zu erhalten | |
| Verbindliche Regulierung von Land-Grabbing-Aktivitäten | |

Situation:

Die AOSIS-Staaten spielen eine wichtige Rolle bei internationalen Klimaverhandlungen und bemühen sich, die internationale Gemeinschaft auf die dringenden Herausforderungen hinzuweisen, mit denen sie konfrontiert sind. Sie setzen sich für Maßnahmen zur Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs ein, um die Auswirkungen des Klimawandels zu mildern und ihre Länder und Gemeinschaften zu schützen.

Weil buchstäblich ihr Überleben daran hängt, setzen die AOSIS-Staaten sich klar für eine Klimapolitik ein, die eine Begrenzung des Temperaturanstiegs um 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau verfolgt. Alle Staaten sollen daher nach Möglichkeit bereits jetzt einen starken Rückgang ihres CO₂-Ausstoßes erreichen und bis spätestens 2050 klimaneutral sein.



Doch bereits jetzt verursachen der Anstieg des Meeresspiegels und die Zunahme von Extremwetterereignissen existenzielle Probleme für diese Länder. Die AOSIS-Staaten fordern die Anerkennung und den angemessenen Umgang mit Verlusten und Schäden, da sie unter den Folgen des Klimawandels leiden. Eine finanzielle sowie materielle Unterstützung ist unumgänglich, um ein Fortbestehen der Staaten zu gewährleisten. Auch sollen Projekte durch die internationale Staatengemeinde zum territorialen Schutz der Länder von den Industriestaaten finanziert werden. Aufgrund ihrer Abhängigkeit von den Ozeanen und Meeren setzen sich die AOSIS-Staaten für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen ein. Sie fordern Maßnahmen zum Schutz der Korallenriffe, zur Reduzierung von Meeresverschmutzung und zur nachhaltigen Fischerei.

Durch den Anstieg des Meeresspiegels, der Zunahme von Trockenheit und immer intensiver werdender Wirbelstürme müssen Millionen Menschen aus diesen Ländern fliehen. Um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern und schwerwiegende Grenzkonflikte zu vermeiden, müssen aus Sicht der AOSIS-Staaten frühzeitig verbindliche Regelungen zum Umgang mit „Geflüchteten aufgrund von Klimakatastrophen“ gefunden werden. Gleichzeitig ist es euch wichtig, einen sogenannten Brain-Drain, also die Abwanderung gut qualifizierter Fachkräfte, zu vermeiden. Ein weiteres Problem sind der Rohstoffabbau und das Land-Grabbing, vor allem durch einige BASIC-Staaten. Ihre Firmen kaufen weiterhin Landflächen auf, um diese dann skrupellos zu roden und Landwirtschaft zur eigenen Ernährungssicherheit zu betreiben. Darunter leidet eure Bevölkerung erheblich, da Kahlschlag und der Anbau von Monokultur die Auswirkungen des Klimawandels verschärfen und eure eigene Landwirtschaft ins Ungleichgewicht bringen.

Eure Stärke liegt in der bereits frühzeitig gemeinsam initiierten Forschung zu den Auswirkungen des Klimawandels in der Region und in den Sektoren Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft. Aufgrund dessen seid ihr wissenschaftlich den anderen Staaten im Bereich der Ernährungssicherung voraus.

Auswirkungen durch den Klimawandel:

- Der Anstieg des Meeresspiegels ist eine ernsthafte Bedrohung für die AOSIS-Staaten, da viele von ihnen aus niedrig liegenden Inseln und Küstengebieten bestehen. Die Folgen können Küstenerosion, Überflutungen, Salzwassereindringen in Süßwasserquellen und die Gefährdung von Siedlungen und Infrastruktur sein. Es besteht die Gefahr des Verlusts von Landflächen und der Vertreibung von Bevölkerungsgruppen.
- Die AOSIS-Staaten sind vermehrt von extremen Wetterereignissen wie Stürmen, Wirbelstürmen, Überschwemmungen und Dürren betroffen. Diese Ereignisse können zu erheblichen Schäden an Infrastruktur, Landwirtschaft und menschlichen Siedlungen führen. Im Vergleich zu reichen Industrienationen sind die AOSIS-Staaten auch weniger widerstandsfähig gegenüber solchen Ereignissen aufgrund begrenzter Ressourcen und Infrastruktur. Hier droht schnell eine Verarmung von ganzen Ländern.
- Die zunehmende Aufnahme von Kohlendioxid (CO₂) durch die Ozeane führt zu einer Versauerung des Meerwassers. Dies kann negative Auswirkungen auf die marinen Ökosysteme und die Artenvielfalt haben, insbesondere auf Korallenriffe und Meereslebewesen. Da viele AOSIS-Staaten von intakten Korallenriffen abhängig sind, besteht die Gefahr, dass die Fischerei, der Tourismus und die Küstenökosysteme darunter leiden, was die Wirtschaft schwächt.
- Dürren, veränderte Niederschlagsmuster und das Eindringen von Salzwasser können die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser beeinträchtigen und die landwirtschaftliche Produktion gefährden. Dies kann die Nahrungsmittelsicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung beeinträchtigen.
- Der Klimawandel hat Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und die Ökosysteme der AOSIS-Staaten. Der Verlust von Lebensräumen, die Verschiebung von Artenverteilungen und die Ausrottung von Pflanzen- und Tierarten können auftreten. Dies kann ökologische Gleichgewichte stören, die Artenvielfalt verringern und die Abhängigkeit der AOSIS-Staaten von ihren natürlichen Ressourcen beeinträchtigen.

Rollenbeschreibung: Nichtregierungsorganisation

Die beobachtende NGO ist ein wichtiger Partner bei der Lobbyarbeit, insbesondere für die am stärksten vom Klimawandel betroffenen Staaten. Ein Stimmrecht habt ihr nicht, dennoch seid ihr nicht ohne Einfluss. Aufgrund eures globalen Mobilisierungspotenzials haben die einzelnen Verhandlungsparteien ein Interesse, von euch positiv bewertet zu werden. Deshalb könnt ihr an den Verhandlungsrunden teilnehmen, euren Standpunkt formulieren und dann während der Konferenz Meinungen anderer Parteien kommentieren. Ein Scheitern der Konferenz wollt ihr unbedingt vermeiden, daher formuliert ihr eure Meinungen stets höflich.

| Ziele | No-Gos |
|---|--|
| Klares Ziel ist die globale Klimaneutralität spätestens bis 2050. | Scheitern des Abkommens |
| Garantie weltweiter Ernährungssicherheit – Fairness gegenüber Menschen und Umwelt. Dazu gehört auch, sich gegen Land-Grabbing und Raubbau durch Rohstoffausbeutung einzusetzen. | Abkommen ohne verbindliche Reduktionsziele |
| Verbindliche Regelung zum Umgang mit Geflüchteten aufgrund von Klimakatastrophen | |

Situation:

Ihr setzt euch mit aller Kraft für Klimaschutz und ein möglichst umfassendes Abkommen ein. Euer klares Ziel dabei ist die Einhaltung des Ziels von maximal 1,5 Grad Celsius Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit. Dafür müssten zwingend eine schrittweise Reduktion von Treibhausgasen aller Beteiligten und das Ziel der globalen Klimaneutralität im Jahr 2050 vereinbart werden.

Als solidarische NGO steht ihr auf der Seite der Schwächsten. Im Hinblick auf die ungewisse Zukunft einiger AOSIS-Staaten setzt ihr euch zudem für eine verbindliche Regelung des Umgangs mit „Geflüchteten aufgrund von Klimakatastrophen“ und gegen Land-Grabbing und wirtschaftliche Ausbeutung ein. Auch wenn ihr der Ansicht seid, dass wirklich alle Verhandlungsparteien anpacken müssen, wenn der Planet als lebenswert erhalten werden soll, seht ihr die Hauptverantwortung bei den westlichen Industriestaaten (EU und USA), aber zunehmend auch bei den BASIC-Staaten. Diese müssen verstärkt in die Pflicht genommen werden.

Vor allem in der EU und in den USA haben sich starke Klimabewegungen entwickelt, die das Potenzial zur Massenmobilisation haben. Beide Parteien sind daher darum bemüht, wenn auch nicht in letzter Konsequenz darauf angewiesen, in ihren Handlungen grundsätzlich positiv von euch bewertet zu werden.

Das Potenzial gibt es innerhalb der BASIC-Staaten in weit geringerem Maße. Allerdings möchten diese zur Förderung ihrer geostrategischen Position gerade auch von den ärmeren und vom Klimawandel stark betroffenen Staaten als deren Interessenvertretung anerkannt werden. Daher sind auch diese an einer positiven Bewertung ihrer Verhandlungspositionen durch euch interessiert.

Hinzu kommt noch, dass ihr als nichtstaatlicher Akteur von ideellen Zielen und nicht von wirtschaftspolitischen bzw. geostrategischen Interessen geleitet werdet. Das könnte euch an der einen oder anderen Stelle einen unverstellten Blick auf festgefahrene Positionen ermöglichen und damit eine gute Vermittler*innenposition einbringen.